

## Antrag

der Abgeordneten Stephan Hilsberg, Günter Rixe, Angelika Barbe, Edelgard Bulmahn, Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Dr. Peter Glotz, Regina Kolbe, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Dr. Uwe Küster, Christa Lörcher, Herbert Meißner, Christian Müller (Zittau), Doris Odendahl, Siegfried Scheffler, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Hildegard Wester, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

### Verbesserung der Qualität der außerbetrieblichen Ausbildung in den neuen Bundesländern

Der Bundestag wolle beschließen:

#### *I. Bildung und Ausbildung in Ostdeutschland*

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bildung und Ausbildung sind das wichtigste Zukunftskapital für die neuen Bundesländer. Eine fundierte Berufsausbildung für die Jugendlichen in den neuen Bundesländern sicherzustellen muß eine der wesentlichen Aufgaben der Politik des Bundes im Zusammenwirken mit den neuen Bundesländern sein, um den Jugendlichen eine Zukunftsperspektive in Ostdeutschland zu bieten und sie nicht zur Abwanderung zu zwingen. Neben Anstrengungen der Wirtschaft zur Schaffung eines auswahlfähigen, qualifizierten Ausbildungsplatzangebotes für alle Jugendlichen in den neuen Bundesländern und der Bereitstellung vollzeitschulischer Berufsbildungsangebote wird es in einer Übergangszeit auch weiterhin notwendig sein, außerbetriebliche Ausbildungsplätze unter Beteiligung seriöser Träger bereitzustellen.

Zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik Deutschland ist es eine der Aufgaben des Bundes, Bildung und Ausbildung für die Jugendlichen in den neuen Bundesländern auch finanziell sicherzustellen.

#### *II. Anforderungen an außerbetriebliche Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern*

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zur Sicherung der Qualität der außerbetrieblichen Ausbildung in den neuen Bundesländern die folgenden Anforderungen an die Träger der außerbetrieblichen Ausbildung zu stellen:

- a) Um eine deutliche Vernetzung der Ausbildungsträger mit der Region und den Sozialpartnern herzustellen, muß ein Kuratorium oder Beirat gebildet werden, in dem das Land, die Kommune, das Arbeitsamt, die örtliche Handwerkskammer und die Industrie- und Handelskammer, die Gewerkschaften und gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Jugendlichen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Mitglied sind. Dieses Gremium muß regelmäßig tagen und mit den Problemen und Perspektiven der Jugendlichen befaßt werden, die sich in Ausbildung befinden bzw. einen Ausbildungsplatz suchen.
- b) Die Ausbildungsträger sollen gemeinnützig sein, um zeitweise in der Diskussion aufgeworfenen Fragen der Bereicherung durch zwielichtige Aus- und Weiterbildungsanbieter aus dem Weg zu gehen.
- c) Um die Jugendlichen bestmöglich auf die Realitäten der Arbeit in den Betrieben vorzubereiten, sind auch die nach dem Betriebsverfassungsgesetz vorgesehenen Mitbestimmungsstrukturen (Jugend- und Auszubildendenvertretung) mit der Unterstützung der Träger einzurichten. Damit soll auch ein deutlicher Unterschied zu einer Beschäftigungssituation vor der Wende deutlich gemacht werden.

### *III. Regelmäßige Unterrichtung des Deutschen Bundestages und der Öffentlichkeit*

Weiter fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, über die Einrichtung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze, die Situation und Entwicklung auf dem ostdeutschen Ausbildungsstellenmarkt, das Engagement der Wirtschaft, die Zusammenarbeit mit den Ländern und die zukünftige Planung der Bundesregierung dem Deutschen Bundestag jeweils quartalsweise zu berichten.

Bonn, den 4. Oktober 1993

**Stephan Hilsberg  
Günter Rixe  
Angelika Barbe  
Edelgard Bulmahn  
Dr. Peter Eckardt  
Dr. Konrad Elmer  
Evelin Fischer (Gräfenhainichen)  
Dr. Peter Glotz  
Regina Kolbe  
Walter Kolbow  
Hörst Kubatschka  
Eckart Kuhlwein**

**Dr. Uwe Küster  
Christa Lörcher  
Herbert Meißner  
Christian Müller (Zittau)  
Doris Odendahl  
Siegfried Scheffler  
Dr. Peter Struck  
Wolfgang Thierse  
Siegfried Vergin  
Hildegard Wester  
Hans-Ulrich Klose und Fraktion**